



**Der Weiterbau droht:
Gerichtsverhandlung
über die Baugeneh-
migung 1. - 5. Okt.
Schleswig**

Kontakte:

Prozeßgruppe Brokdorf c/o
Paulsen, Arentsee,
2211 Brokdorf, Tel. 04858/538

Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU
Hamburg c/o Laden, Lutteroth-
str. 33, 2000 Hamburg 19,
Tel. 040/402782

Worum geht es im Prozeß?

Als am 26.10.76 die Polizei das Baugelände des geplanten Atom-
Kraftwerks(AkW) bei Brokdorf besetzte, hatten die Antragsteller,
Hamburgische Elektrizitätswerke(HEW), Nordwestdeutsche Kraftwerk-
AG(NWK) und Kraftwerkunion(KWU) vom Sozial- wie auch vom Wirt-
schaftsminister des Landes Schleswig-Holstein eine 1. Teilerrich-
tungsgenehmigung(TEG) erhalten.

Mit zwei großen Demonstrationen am 30.10. und 13.11.1976 haben
Tausende gegen den Bau eines AKW in Brokdorf protestiert.

Mit Unterstützung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe(BUU)
haben unter anderen 9 Einzelkläger und 4 Gemeinden aus der
Umgebung des Standortes Klage erhoben und einen Baustop-Antrag
gestellt. Das Verwaltungsgericht(VG) Schleswig hat den Baustop
im Dezember 76 angeordnet, und das Obergerverwaltungsgericht(OVG)
Lüneburg hat ihn im Oktober 77 bestätigt.

Fast 3 Jahre nach dem Baustop, im Sommer 1979, haben die Antrag-
steller (HEW, NWK und KWU) nun das VG Schleswig aufgefordert,
jetzt über die Klage zu entscheiden.

Montag, Prozeßbeginn

Beklemmende Szenerie: ein großer, dunkler Saal, zu drei viertel leer, auf einem Podium, hell erleuchtet, der Richtertisch. Wir sind enttäuscht, fühlen uns im Stich gelassen. Wo sind die vielen Menschen, die mal auf der Straße, am Bauzaun waren?

Die Kläger aus der Wilstermarsch sind da, mit ihnen ihre Beistände und ihr Rechtsanwalt. Von der Gegenseite: 30 Mann, darunter bekannte Gesichter, bekannt aus den Erörterungsterminen und den beiden vorangegangenen Verfahren des Eilverfahrens.

Der Saal faßt etwa 300 Leute, höchstens 60 sind da, und so kann denn das Gericht auch mit den Klägern fast nach Belieben umspringen: der Berichterstatter des Gerichts würzt seinen Vortrag zur Aktenlage mit kleinen Albernheiten, der Vorsitzende entfacht einen albernen Streit zwischen Soyka und Sojka (gemeint sind Walther Soyka und Dr. Dr. Sojka, der Rechtsanwalt und Vertreter eines Einzelklägers aus Hamburg), wer denn nun der richtige sei, beide fallen auf das muntere Spielchen 'rein.

Der Vorsitzende hatte zu Beginn des Prozesses allen Klägern das Recht eingeräumt, zu jeder Zeit zu Wort gelassen zu werden. Als die Kläger nun das Wort ergreifen wollen, um ihre Betroffenheit deutlich zu machen, bevor in die Beweisaufnahme eingestiegen wird, beantragt der Vertreter des öffentlichen Interesses, dies nicht zuzulassen.

Verhandelt werden soll, das wird aus diesem Vorgehen klar, nicht die Betroffenheit der Menschen, die mit dem AKW leben sollen. Es geht dem Gericht nicht um Menschen, sondern um bloße Zahlen und Werte, die, losgelöst vom Hintergrund, von den Menschen, auf die sie gemünzt werden, jeglichen Bezug verlieren. Es geht dem Gericht nicht darum, daß Radioaktivität Krebs erzeugen oder Erbschäden hervorrufen kann, sondern lediglich darum, ob bestimmte Formeln und Faktoren vorschriftsmäßig eingesetzt und angewandt wurden.

Als die Kläger also zu Anfang ihren Standpunkt deutlich machen wollen, wird ihr Antrag von dieser politischen Ebene auf die "sachliche" auf die juristische Ebene geschoben. Ihren "Sachvortrag" sollen sie im Rahmen der Beweisaufnahme beim entsprechenden Thema vorbringen, wird ihnen gesagt, und außerdem seien sie ja von ihrem Rechtsanwalt und seinen Sachbeiständen ausreichend vertreten.

Schließlich und endlich, so begründen die Richter ihre Ablehnung, seien die weiblichen Schöffen nicht in der Lage, die jetzt am Anfang angesprochenen Punkte so lange im Gedächtnis zu behalten, bis in der Beweisaufnahme dann wieder die Rede davon sei.

Bei den Klägern entsteht großer Unmut über diese fadenscheinige Begründung, zumal ihnen ja vorher uneingeschränktes Recht auf Redebeiträge zugesichert worden war. Die Vermutung wird laut, daß man sie ja überhaupt nicht hören wolle, daß es garnicht um sie ginge, daß es garnicht um die Menschen und ihre Betroffenheit ginge, das alles solle ja garnicht zur Sprache kommen. Als ihnen noch immer das Rederecht verwehrt wird, verlassen sie aus Protest den Saal.

Die Richter sind zunächst verwirrt, die Verhandlungsführung ist widersprüchlich: ein Einzelkläger kann eine Erklärung seiner Betroffenheit vortragen, ähnlich, wie es die Kläger aus der Wilstermarsch geplant hatten.

Die Kläger treffen sich in einem Nebenraum, es herrscht große Wut über das Vorgehen des Gerichts. Worte wie: die wollen uns hier garnicht hören... das geht hier garnicht um uns... und: dann möt wi wedder op de straat! werden laut. Selbst der Bürgermeister einer der klagenden Gemeinden, der immer gegen Demonstrationen war, meint wütend: nun sind wir vor Gericht gezogen, weil die uns erzählt haben, das sei der einzig reale Weg in unserer Demokratie, und nun wollen sie uns garnicht hören, nun bleibt uns garnichts anderes übrig...

Als der erste große Zorn verraucht ist, wird eine kurze Erklärung verfasst, um etwas an die Presse geben zu können, sie spiegelt aber längst nicht die Stimmung, die Wut der Kläger wider, sondern ist lediglich ein kleiner Eindruck dessen, was sie bewegt: das Demokratieverständnis und die Frauenfeindlichkeit der Richter und die Selbstverständlichkeit, mit der sich die beiden Schöffinnen zu deren üblem Spiel mißbrauchen lassen.

Pressemitteilung zum ersten Verhandlungstag im Brokdorf-Prozeß

Wir, die Kläger aus der Wilstermarsch, haben am ersten Verhandlungstag des Prozesses gegen das Kernkraftwerk Brokdorf aus Protest den Gerichtssaal verlassen.

Zu Beginn des Verfahrens hatte unser Rechtsanwalt um eine dringende Ergänzung seiner Klageschrift durch eine Stellungnahme der Kläger zu den einzelnen Punkten unserer Betroffenheit beantragt.

Diese für die Verteidigung wichtigen Beiträge wurden ihm mit sinngemäßer Begründung verweigert: die drei Berufsrichter seien durchaus gewillt gewesen, die Kläger, wie beantragt anzuhören, hätten aber mit Rücksicht auf das begrenzte Erinnerungsvermögen der beiden weiblichen Schöffen dann abgelehnt. Der Vorschlag des Gerichts, die Kläger zu den einzelnen Themenkomplexen zu hören, entspricht nicht der Absicht der Kläger. Schließlich geht es uns nicht um wissenschaftliche Statements, sondern um die Äußerung unserer unmittelbarer Betroffenheit.

Nach unserer Meinung hätten die Schöffen gerade diese Ausführungen am besten verstehen müssen. Der Vorsitzende aber meinte wohl, sie wären zu diesem Zeitpunkt eher in der Lage, dem Vortrag des Gutachters für Radiologie folgen zu können.

Nachdem ausgerechnet der Vertreter des öffentlichen Interesses uns die Veröffentlichung unserer Interessen ebenfalls verweigerte, haben wir den Eindruck, daß unsere Argumente weder wissenschaftlich, noch politisch und nun auch juristisch nicht diskutabel sind.

Am Montagnachmittag und Dienstagvormittag wurde der erste Gutachter befragt, der die Gutachten über die voraussichtliche Strahlenbelastung durch das AKW Brokdorf erstellt hatte. Dieser Gutachter - Handge - ist bereits in zahlreichen AKW-Prozessen und Erörterungsterminen aufgetreten und hat dabei die widersprüchlichsten Aussagen gemacht, je nachdem, was gerade erforderlich war. Auch am Montagnachmittag sagte Handge wieder andere Dinge, als vor einem Jahr im Brunsbüttel-Prozeß.

Heute morgen wurde dann versucht, den Weg der radioaktiven Belastung - nämlich die Belastung der Schilddrüse eines Kleinkindes durch radioaktives Jod durch den Weide-Kuh-Milch-Pfad - ausführlich nachzurechnen. Obwohl Handge den gestellten Fragen immer wieder auswich und die Gegenseite - Genehmigungsbehörden und AKW-Betreiber - ständig die Befragung zu unterbrechen und zu chaotisieren versuchte, wurde schließlich klar, daß ein Kleinkind, statt der von Handge berechneten 24 Millirem pro Jahr durchaus eine Schilddrüsenbelastung von 710 Millirem pro Jahr allein über die getrunkene Milch erhalten kann (in der Strahlenschutzverordnung wird als Höchstwert 90 Millirem pro Jahr zugelassen)!

Ziel unserer Rechnung war: wir wollten zeigen, daß - um beim Betrieb des AKW Brokdorf mit Sicherheit unter der gesetzlich zugelassenen Höchstwerte zu bleiben - die Abgabe von radioaktivem Jod so klein gehalten werden muß, daß ein Betrieb des AKW technisch unmöglich ist.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: wir erwarten nicht, daß das Gericht auf unsere Argumente eingehen wird. Mit unserem Auftreten vor Gericht wollen wir aber dazu beitragen, daß noch mehr Menschen deutlich wird, wie sehr das Verwaltungsgericht Schleswig als Erfüllungsgelhilfe von Landesregierung und AKW-Betreibern funktioniert.

Unsere Meinung ist durch den bisherigen Verlauf des Prozesses verstärkt worden:

- + das Gericht hat während der Befragung des Gutachters Handge immer wieder versucht, die offensichtlichen Widersprüche zwischen Handges Annahmen und der Realität zu verdecken,
- + das Gericht hat schon erkennen lassen, mögliche Probleme durch zusätzliche Auflagen - die den Betreibern nicht weh täten - scheinbar vom Tisch zu kriegen (z.B. durch die Erhöhung des Kamins von 100m auf 150m),
- + das Gericht hat den Klägern das Wort verboten, es hat sie daran gehindert, im Prozeß ihre Betroffenheit zu schildern, das Gericht will mit allen Mitteln verhindern, daß deutlich wird, daß es hier um das Leben und das Schicksal von Menschen geht!

Wir erwarten, daß das Gericht ein Urteil fällt, das den Weiterbau des AKW Brokdorf gestattet (es wird wohl einige Auflagen machen, die aber weder den Betreibern weh tun werden, noch die Gefahren verkleinern können, die vom AKW Brokdorf ausgehen werden).

Unsere bisherigen "Erfolge" vor Gericht (3 Jahre Baustop) waren auf den politischen Kredit zurückzuführen, den all die vielen Menschen aufgebaut haben, die vor 3 Jahren ihren Beitrag zum praktischen Widerstand geleistet haben. Am jetzigen Vorgehen von Gericht, Regierungen und Betreibern wird klar, daß dieser Kredit aufgebraucht ist. Um das AKW zu verhindern, ist es nötig, daß alle wieder daran mitwirken, erneut politischen Druck aufzubauen, indem sie sich wieder zusammenschließen und neue Vorstellungen zum praktischen Widerstand entwickeln, diese Vorstellungen vorbereiten und durchführen.

KEIN AKW! IN BROKDORF NICHT! UND AUCH NICHT ANDERSWO!

Die Brokdorf-Prozeßgruppe der
BUU-Hamburg

In Schleswig sind wir zu erreichen: in den Gerichtspausen im Hotel Hohenzollern, gleichzeitig Tagungsort des Gerichts.

Moltkestr. 41/ Ecke Schubhystraße,
Tel. 04621 /24919,
abends Tel. 04621/28643

ACHTUNG AKW-
Gegner!

Besucht den Prozeß im
Hohenzollern **MASSENHAFT!**

Es sind noch jede Menge
freie Plätze!

Wir wollen dem Gericht zeigen,
daß wir nicht bereit sind,
eine **AUFHEBUNG DES**
BAUSTOPS hinzunehmen!!